

Friedenspädagogische Konfliktanalyse

Afghanistan

WO? In welchem Land/ in welcher Region findet der Konflikt statt?

Afghanistan ist ein Staat im südlichen Zentralasien. Flächenmäßig ist Afghanistan ungefähr doppelt so groß wie Deutschland, jedoch leben dort nur gut 40 Millionen Menschen, etwa halb so viele wie in Deutschland.



Abbildung 1: Lagekarte Afghanistan
Quelle: The World Factbook 2021



Abbildung 2: Landkarte Afghanistan
Quelle: The World Factbook 2021

WER? Welche Konfliktparteien sind beteiligt?

Der Afghanistankonflikt ist ein internationalisierter, innerstaatlicher Konflikt. Dieser fand zwischen der radikal-islamistischen Taliban und der afghanischen Regierung, die von einem Bündnis aus NATO-Ländern unterstützt wird, statt. Die Taliban stürzten diese Regierung jedoch nach Abzug der internationalen Truppen im August 2021 und übernehmen seither die Macht in Afghanistan.

WANN? Was sind die zentralen Ereignisse im Konflikt?

1979: Internationalisierung der gewaltsamen Auseinandersetzungen

Nachdem in den 70er-Jahren eine langjährige weitestgehend friedliche Periode in Afghanistan durch einen Militärputsch beendet wird, beginnt ein langer Gewaltkonflikt um die politische Ausrichtung Afghanistans. Mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen zur Unterstützung der afghanischen kommunistischen Regierung in ihrem Kampf gegen die islamistischen Mudschaheddin, internationalisiert sich der Konflikt. In diesem Stellvertreterkrieg wird die afghanische Regierung von der Sowjetunion unterstützt, während die islamistischen Mudschaheddin von den USA und Pakistan Unterstützung erhalten.

1989–1996: Sowjetischer Truppenabzug; Ausbruch eines Bürgerkriegs

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen bricht ein Bürgerkrieg zwischen verfeindeten Mudschaheddin-Gruppierungen aus. Die aus einigen dieser Gruppierungen entstandene Taliban-Bewegung erobert mit der Unterstützung Pakistans weite Teile des Landes und nimmt 1996 Kabul ein. Die Taliban etablieren ein islamistisch-fundamentalistisches Regime autoritärer Prägung.

Ab dem 11. September 2001: Intervention des US-Militärs

Als Reaktion auf die Anschläge von Al-Qaida auf das World Trade Center erheben die USA den Vorwurf, die Taliban würden die Auslieferung der z.T. in Afghanistan lebenden Al-Qaida-Mitglieder und ihres Anführers Osama Bin Laden verweigern. Daraufhin greift eine von den USA geführte Koalition – an der auch Deutschland und weitere NATO-Staaten beteiligt sind – das Taliban-Regime an. Die Koalition stürzt die Taliban. Anschließend versucht sie, einen politischen Übergangsprozess einzuleiten und eine von NATO-Staaten unterstützte Regierung aufzubauen.

2018-2021: Friedensverhandlungen mit den Taliban; innerafghanischer Friedensprozess

Nachdem es dem NATO-Bündnis nicht gelingt, stabile demokratische Strukturen in Afghanistan zu etablieren und die Gewalt durch die Taliban anhält, kommt es zu direkten Friedensverhandlungen zwischen den Taliban und den USA ohne Einbeziehung der afghanischen Regierung. Am 29. Februar 2020 unterzeichnet die USA ein Friedensabkommen mit den Taliban. Der parallel verlaufende innerafghanische Friedensprozess wird von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen afghanischen Streitkräften und den Taliban überschattet.

April bis August 2021: Abzug der US-Truppen und NATO-Verbände; Machtübernahme durch die Taliban; Evakuierung von Ortskräften

Nach rund 20 Jahren Einsatz ziehen die USA und ihre NATO-Verbündeten ihre Truppen aus Afghanistan ab. Die Taliban übernehmen am 15. August die Kontrolle der Hauptstadt Kabul und der staatlichen Institutionen in Afghanistan. Der afghanische Präsident Ashraf Ghani verlässt fluchtartig das Land. Aufgrund der sich stark verschlechternden Sicherheitslage im Land kommt es zu einer umfassenden Evakuierungsaktion durch internationale Kräfte, darunter der Bundeswehr. Insgesamt werden über 123.000 Menschen evakuiert, darunter deutsche Staatsangehörige, ehemalige Ortskräfte und afghanische Zivilpersonen. Bilder der chaotischen Evakuierung und Menschen, die erfolglos versuchen Afghanistan zu verlassen gehen um die Welt und lösen Kritik an der überstürzten Evakuierung aus. Die Taliban rufen wenige Wochen später das „Islamische Emirat Afghanistan“ aus und bilden eine Übergangsregierung.

Seit 2021: Gewaltmonopol der Taliban; massive Einschränkung von Menschenrechten; Wirtschaftskrise und humanitäre Notlage

Unter der Taliban Regierung kommt es zu systematischen Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel durch Folter, außergerichtliche Tötungen, Körperstrafen und öffentliche Hinrichtungen. Rechtsstaat und Demokratie sind abgeschafft, die Verfassung von 2004 wurde außer Kraft gesetzt. Frauen und Mädchen werden systematisch diskriminiert. Ihnen ist der Besuch von weiterführenden Schulen und Zugang zum öffentlichen Raum untersagt. Für Frauen herrscht eine strenge Kleiderordnung, Männer müssen lange Bärte tragen. Seit 2024 dürfen Frauen in der Öffentlichkeit nicht mehr sprechen. In Folge der Machtübernahme der Taliban stürzt das

Land in eine sozio-ökonomische Krise. In Afghanistan besteht eine der größten humanitären Notlagen weltweit durch extreme Armut und Hungersnot. Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Während sich zwar einerseits die allgemeine Sicherheitslage seit 2021 verbessert hat und die Zahl ziviler Opfer im Vergleich zu vorangegangenen innerstaatlichen gewaltsamen Konflikten zurückgegangen ist, kommt es andererseits zu gewaltsamen Angriffen durch einen IS-Ableger (ISK in Afghanistan).

WIE? Mit welchen Mitteln wird der Konflikt ausgetragen?

Nachdem die von den USA geführte Koalition seit 2001 die **Taliban** vertrieben hat, verüben diese in den darauffolgenden Jahren organisierte Massaker, Anschläge und Selbstmordattentate auf Zivilist:innen und Sicherheitskräfte, um die Macht wieder zu erlangen. Es gelingt den Taliban, vom Nachbarland Pakistan aus durch Kampfhandlungen gegen die afghanische Armee und ausländische Truppen Teile Afghanistans wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Finanzieren können sich die Taliban u.a. aus Einnahmen aus der Besteuerung des Opiumanbaus und anderer wirtschaftlicher Tätigkeiten.

Die **NATO-Truppen** versuchen nach ihrem Einmarsch in Afghanistan 2001 mit eigenen militärischen Operationen und Luftangriffen die Taliban zurückzudrängen. Später gehen sie dazu über, sich auf die Ausrüstung und Ausbildung der afghanischen Armee und der Sicherheitskräfte zu konzentrieren, die den Wiederaufbau des Landes gewährleisten und vor Angriffen der Taliban beschützen sollen. Ein systematischer Aufarbeitungs- und Versöhnungsprozess findet hingegen nicht statt. Zudem fallen den Angriffen der afghanischen Armee und der internationalen Truppen auf die Taliban oftmals Zivilist:innen zum Opfer. Es gibt Verdachte auf Kriegsverbrechen, wodurch die Akzeptanz der NATO-Truppen und der Regierung in der afghanischen Bevölkerung stark abnimmt und den Taliban die Rekrutierung neuer Kämpfer leichtfällt.

Nach dem Abzug der internationalen Truppen im Jahr 2021 übernehmen die Taliban in einer schnellen Offensive wieder die Macht in Afghanistan. Die Machtübernahme und Einnahme Kabuls gelingt weitgehend gewaltlos und ohne großen Widerstand des afghanischen Militärs. Die Taliban setzen eine streng fundamentalistische Auslegung des islamischen Rechts durch. Rechte von Frauen und religiösen und ethnischen Minderheiten im Land sowie grundlegende

Menschenrechte werden massiv eingeschränkt. Zu den Verboten gehört u.a. der Besuch von Bildungseinrichtungen für Mädchen und Frauen, Frauen werden daran gehindert zu arbeiten und sie werden dazu verpflichtet, nur vollständig bedeckt und mit männlicher Aufsichtsperson in der Öffentlichkeit aufzutreten. Die Taliban-Regierung geht gewaltsam gegen Regelverstöße, Demonstrationen und Journalist:innen vor. Zur Durchsetzung ihrer Verhaltensgebote richten sie ein „Ministerium für die Tugend und Laster“ ein. In den Folgemonaten kommt es zur Durchsetzung der islamistischen Auslegung der Scharia (islamisches Rechtssystem). Öffentliche Auspeitschungen und Hinrichtungen werden wieder eingeführt.

WARUM? Welche Erklärungen gibt es für den Konflikt?

Ethnische, religiöse und geographische Spaltung (kultureller Erklärungsansatz)

Afghanistan stellt ein ethnisch und geographisch fragmentiertes Land dar, in dem räumlich große Distanzen zwischen den verschiedenen Ethnien und ihren lokalen Identitäten bestehen. Sowohl zwischen den ethnischen Gruppen als auch zwischen ländlichen und urbanen Gebieten gibt es grundlegend unterschiedliche Vorstellungen über die Auslegungsform des Islam, über die Ausgestaltung des öffentlichen Lebens und die angestrebte Staatsstruktur Afghanistans. Während die Taliban eine radikale Auslegung des Islams durchsetzen und die Einrichtung eines islamisch-fundamentalistischen Emirats anstreben, versuchte die afghanische Regierung bis zu ihrem Sturz 2021, mit Unterstützung des NATO-Bündnisses, eine modernisierte Staatsform auf Basis demokratischer Strukturen zu etablieren.

Politischer Einfluss und Macht (machtbasierter Erklärungsansatz)

Die Frage nach der Durchsetzung der Staatsstruktur ist unweigerlich mit Fragen von politischem Einfluss und Macht verbunden. Die Taliban beanspruchen die Herrschaft Afghanistans für sich und wurden in ihren Bestrebungen nach dem Ausbau ihrer Macht aus Staaten wie Pakistan unterstützt. Im Gegensatz dazu versuchte das NATO-Bündnis zunächst mit Berufung auf die Terrorismusbekämpfung und die Demokratisierung des Landes, die Taliban militärisch zu besiegen und durch eine gewählte Regierung den demokratischen Aufbau des Landes nach westlichem Vorbild voranzutreiben. Allerdings war dieses Vorhaben durch zahlreiche Schwie-

rigkeiten geprägt. Es gab in der afghanischen Gesellschaft viel Unzufriedenheit mit der republikanischen Regierung. Dazu gehörten Vorwürfe zu Korruption und Wahlbetrug sowie Kritik an der andauernden Abhängigkeit von der Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Die Bestrebungen der Taliban nach 2021 wieder als anerkannte Regierung Afghanistans im internationalen Raum in Erscheinung zu treten, kommen auch in den diplomatischen Bemühungen des Außenministeriums der Taliban-Regierung und in den Bemühungen um ein Rede-recht bei der UN-Vollversammlung zum Ausdruck. Während der ersten Taliban-Herrschaft (1996-2001) wurde ihre Regierung nur von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabi-schen Emiraten anerkannt; aktuell wird die De-facto-Regierung der Taliban von keinem Staat anerkannt.

Schattenwirtschaft (ökonomischer Erklärungsansatz)

In den vergangenen, konfliktreichen Jahrzehnten hat sich der Opiumanbau zum stärksten Wirt-schaftszweig Afghanistans entwickelt. Insbesondere die Taliban und verschiedene kriminelle, lokale Machthaber profitieren von der Schattenwirtschaft rund um den Anbau, Verkauf und Schmuggel von Schlafmohn und von anderen kriminellen Aktivitäten. Sie sind, wie Teile der Bevölkerung, auf die Einnahmen aus dem Opiumanbau angewiesen. Die mit der Drogenwirt-schaft verbundenen wirtschaftlichen Interessen sind einerseits Ergebnis, andererseits auch Ursache des Konflikts und verlängern diesen damit.

FRIEDENSPOTENZIALE

Welche Friedensbemühungen gibt es bereits?

Mit der Machtübernahme der Taliban 2021 wurden Friedensbemühungen in Afghanistan deut-lich erschwert und fokussiert sich vor allem auf humanitäre Hilfe.

Neben der Mandatierung des NATO-Einsatzes wurde 2002 von der UN eine **Unterstützungs-mission für Afghanistan (UNAMA)** ins Leben gerufen, welche 2025 um ein weiteres Jahr ver-längert wurde. UNAMA koordiniert die Verteilung der humanitären Hilfe, dokumentiert und be-richtet über Menschenrechtsverletzungen und setzt sich für Dialoge zwischen den beteiligten Akteuren ein.

Trotz der erschwerten Bedingungen sind weiterhin verschiedene NGOs in Afghanistan aktiv. Die Berghof Foundation, eine deutsche NGO, unterstützt beispielsweise innerafghanische Friedensprozesse durch Dialogangebote, Mediation sowie gewaltfreie Konflikttransformation. Auch die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) stellt im Auftrag der deutschen Bundesregierung Nahrungsmittelhilfen sowie Bildungsprojekte in Kooperation mit lokalen und internationalen NGOs bereit.

Die EU setzt sich vor allem durch humanitäre Hilfe für Frieden und Stabilität in Afghanistan ein. Seit August 2021 hat die EU beispielweise 1.600 Tonnen Hilfsgüter mit 35 Flügen im Rahmen einer humanitären Luftbrücke nach Kabul transportiert. Zusätzlich hat die EU Sanktionen gegen die Taliban erhoben.

Auf staatlicher Ebene sollten die seit 2018 stattfindenden **Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban** sowie der Abzug der internationalen Truppen einen weiteren Schritt zur Beilegung des Konflikts darstellen und Raum für einen innerafghanischen Friedensprozess schaffen. Diese Verhandlungen fanden weitestgehend ohne die Beteiligung der afghanischen Regierung statt. Das im April 2020 unterzeichnete „Doha-Abkommen“ zwischen den USA und den Taliban sah neben dem Abzug der internationalen Truppen u.a. ein friedliches Verhalten der Taliban gegenüber den USA und ihren Verbündeten, die Verhinderung terroristischer Aktivitäten sowie einen landesweiten, dauerhaften Waffenstillstand vor. Die innerafghanischen Friedensverhandlungen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung scheiterten im August 2021.

Welche Friedensansätze werden diskutiert?

Zwar hat die Beendigung des Krieges und der damit verbundenen Kriegshandlungen durch die Taliban und die NATO-Koalition in 2021 zeitweise für Erleichterung in Teilen der Bevölkerung gesorgt, doch gibt es unter der Taliban-Regierung auch zahlreiche Berichte über die Verfolgung von ehemaligen Regierungsmitgliedern und erheblichen Frauen- und Menschenrechtsverletzungen. Friedensansätze konzentrieren sich daher aktuell vor allem auf humanitäre Hilfe.

International

Nach der Machtübernahme der Taliban 2021 haben viele Regierungen, darunter die USA und Deutschland, ihre diplomatischen Vertretungen in Afghanistan geschlossen. Kein Land erkennt die Taliban als rechtmäßige Regierung Afghanistans an. Die internationale Staatengemeinschaft steht vor der Herausforderung, in Verhandlungen mit den Taliban einzutreten und diplomatische Beziehungen aufzubauen, ohne den Taliban zu viel Legitimität zuzugestehen, bevor sie diese nicht von der afghanischen Bevölkerung zugesprochen bekommen. Mehrere Länder, darunter Russland, China, Kasachstan, oder Katar nähern sich den Taliban an. So haben manche Länder die Taliban von nationalen Terror-Listen gestrichen und diplomatische Kontakte ausgebaut. Etwa 40 Länder haben aktuell Ländervertretungen in Afghanistan.

Deutschland

Seit der Machtergreifung der Taliban 2021 war das Bundesaufnahmeprogramm der deutschen Bundesregierung zentraler Aspekt des deutschen Engagements für Menschen in Afghanistan. Bis zu 1.000 besonders gefährdete Personen, vor allem afghanische Ortskräfte und ihre Familienangehörigen aber auch Aktivist:innen, sollten pro Monat aufgenommen werden. Insgesamt wurde etwa 38.000 Personen eine Aufnahme in Deutschland in Aussicht gestellt. Tatsächlich wurde bisher nur ein Teil dieser Personen in Deutschland aufgenommen. Rund 2.000 Menschen, die aufgrund einer Aufnahmezusage Deutschlands nach Pakistan ausgereist sind, warten zudem seit Monaten auf eine Weiterreise nach Deutschland. Inzwischen bietet die Bundesregierung diesen Menschen Geld an, wenn sie auf diese Aufnahmezusage verzichten und nach Afghanistan zurückkehren. Viele Menschen wollen dies nicht annehmen, weil sie in Afghanistan um ihre Sicherheit und ihre Freiheitsrechte fürchten.

Es wurde zudem vom Deutschen Bundestag im Juli 2022 ein **Untersuchungsausschuss**, der den Abzug der Bundeswehr untersucht, sowie eine Enquete-Kommission, die Lehren und Empfehlungen für künftiges Krisenmanagement ziehen soll, eingerichtet. Der Untersuchungsausschuss sowie die Enquete-Kommission zeigen übereinstimmend, dass der deutsche Afghanistan-Einsatz von strategischen, organisatorischen und kommunikativen Defiziten geprägt war und künftige Einsätze bessere Vorbereitung, realistischere Zielsetzungen sowie mehr Koordination und Transparenz erfordern.

Innerstaatlich

Verschiedene Hilfsorganisationen, die nach der Machtübernahme der Taliban im Land geblieben sind, setzen ihre Arbeit fort. In Afghanistan kommt es immer wieder zu **Demonstrationen**, bei denen insbesondere Frauen die Einschränkungen ihrer Rechte und Freiheiten anprangern. Die Taliban halten ihre anfangs moderaten Regierungsversprechen nicht ein und schränken insbesondere die Frauenrechte massiv und gewaltsam ein.

Um nachhaltigen Frieden zu schaffen, ist zudem ein umfassender Aufarbeitungs- und Versöhnungsprozess zwischen allen Teilen der afghanischen Gesellschaft unabdingbar.

Quellen

- Amnesty International (2022): Afghanistan unter den Taliban: Massive Gewalt und gebrochene Versprechen. Online verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemittteilung/afghanistan-unter-den-taliban-massive-gewalt-und-gebrochene-versprechen> (30.01.2024).
- Auswärtiges Amt (2025): Afghanistan: Politisches Porträt. Online verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/afghanistan-node/politisches-portraet-204718> (28.04.2025).
- Berghof Foundation (2025): Afghanistan: Support to resilient and sustainable peace. Online verfügbar unter: <https://berghof-foundation.org/work/projects/afghanistan-fostering-peace-negotiations> (29.04.2025).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Nach 20 Jahren: NATO-Truppenabzug aus Afghanistan. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/334345/nach-20-jahren-nato-truppenabzug-aus-afghanistan/> (30.01.2024).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2022): Afghanistan. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/155323/afghanistan/> (13.04.2022).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2024): Afghanistan. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/155323/afghanistan/#node-content-title-3> (28.04.2025).
- Council on Foreign Relations (2023): The Taliban in Afghanistan. Online verfügbar unter: <https://www.cfr.org/backgrounder/taliban-afghanistan> (30.01.2024).
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (2021): Der Konflikt in Afghanistan und die UN. Online verfügbar unter: <https://dgvn.de/meldung/der-konflikt-in-afghanistan-und-die-un> (13.04.2022).
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ): Afghanistan. Online verfügbar unter: <https://www.giz.de/de/weltweit/358.html> (05.05.2025).
- Deutscher Bundestag (2021): Infobrief zur völkerrechtlichen Anerkennung des Taliban-Regimes in Afghanistan. WD 2 – 3010 – 070/21. Online verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/883014/2134fb17906b58cd472adc29a38e2e54/voelkerrechtlichen-Anerkennung-des-Taliban-Afghanistan-data.pdf> (08.02.2024).
- Deutscher Bundestag (2025a): Abschlussbericht der Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands. Drucksache 20/14500. Online verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/145/2014500.pdf> (21.11.2025).

- Deutscher Bundestag (2025b): Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes. Drucksache 20/14700. Online verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/147/2014700.pdf> (21.11.2025).
- Deutscher Bundestag (2025c): Aufnahmeprogramme aus Afghanistan und Menschenrechtslage. Kurzmeldungen hib 226/2025. Online verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1093714> (21.11.2025).
- Deutsche Welle (2025): Taliban: Der lange Weg zur globalen Anerkennung. Online verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/taliban-der-lange-weg-zur-globalen-erkennung/a-72273189> (05.05.2025).
- Deutschlandfunk (2025): Von Deutschland im Stich gelassen? Online verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/afghanistan-ortskraefte-debatte-stopp-aufnahme-fluege-100.html> (05.05.2025).
- Goertz, Stefan (2022): Afghanistan und die Taliban. Ein Überblick. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Human Rights Watch (2023): Afghanistan: Unterdrückung durch Taliban, Hunger nimmt zu. Online verfügbar unter: <https://www.hrw.org/de/news/2023/01/12/afghanistan-unterdrueckung-durch-taliban-hunger-nimmt-zu> (31.01.2024).
- International Crisis Group (2024): Afghanistan. Online verfügbar unter: <https://www.crisis-group.org/asia/south-asia/afghanistan> (28.04.2025).
- Klußmann, Jörgen; de Carvalho, Marco; Rahman, Bahram (2010): Konfliktbearbeitung in Afghanistan. Die systemische Konflikttransformation im praktischen Einsatz bei einem Großgruppenkonflikt, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Rat der Europäischen Union (2024): Afghanistan: Die Antwort der EU. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/afghanistan-eu-response/> (30.04.2025).
- Peace Research Institute Frankfurt (2022): Lehren aus Afghanistan. Der Untersuchungsausschuss und die Enquete-Kommission des Bundestages. Online verfügbar unter: https://www.prif.org/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/Spotlight0722_barrierefrei.pdf (18.07.2024).
- Schetter, Conrad (2017): Kleine Geschichte Afghanistans. München: C.H. Beck.
- Tagesschau (2020): Abkommen für Afghanistan. Das haben USA und Taliban ausgehandelt, 01.03.2020. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/usa-taliban-abkommen-ghani-101.html> (31.01.2024).
- Tagesschau (2023a): Trotz Lage in Afghanistan: Bundesregierung weist gefährdete Ortskräfte ab, 28.07.2023. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/ortskraefte-afghanistan-bundesregierung-100.html> (08.01.2024).

Tagesschau (2023b): U-Ausschuss zum Afghanistan Einsatz. Wie sieht die Zwischenbilanz zum Abzug aus? 15.11.2023. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/bundestag-u-ausschuss-afghanistan-100.html> (18.07.2024).

Tagesschau (2025): Desinformation über eingeflogene Afghanen. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/bundesaufnahmeprogramm-afghanistan-106.html> (05.05.2025).

Tagesschau (2025): 62 Afghanen verzichten auf deutsche Aufnahmezusage. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/aufnahmeprogramm-afghanistan-108.html> (19.11.2025)

UCDP (o.J.): Afghanistan. Online verfügbar unter: <https://ucdp.uu.se/country/700> (12.04.2022).

United Nations Assistance Mission in Afghanistan (2025): Mission Statement. Online verfügbar unter: <https://unama.unmissions.org/mission-statement> (30.04.2025).

Abbildungen

Abbildung 1: Lagekarte Afghanistan: Quelle: The World Factbook 2021. Washington, DC: Central Intelligence Agency, 2021. Online verfügbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/afghanistan/locator-map/> (18.08.2022).

Abbildung 2: Landkarte Afghanistan. Quelle: The World Factbook 2021. Washington, DC: Central Intelligence Agency, 2021. Online verfügbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/afghanistan/map/> (18.08.2022).